

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 6, 23. März 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Blz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Provokationen

Von Gabriele Nandlinger

Die extreme Rechte wagt sich aus der Deckung. Selbstbewusst demonstriert die NPD in Berlin vor dem Brandenburger Tor. Versteckte sie sich am 29. Januar noch hinter der Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Mahnmal, die sich dann als NPD-Veranstaltung herauskristallisierte, so trat sie für den 12. März gleich offen als Veranstalterin auf - und die Gerichte gaben dem statt. Dass das Brandenburger Tor künftig bevorzugtes Terrain für rechtsextreme Aufmärsche beziehungsweise derartige Versuche sein wird, steht außer Frage. Die nächste NPD-Demonstration wurde für den 1. Mai zwar im Berliner Außenbezirk Hellersdorf angemeldet, aber an diesem Datum müssen die braunen Kräfte ohnehin zu anderen Versammlungsorten mobilisiert werden. So unappetitlich die Vorstellung ist, unser demokratisches System wird diese Provokationen aushalten müssen, will man nicht das Areal um das Brandenburger Tor gänzlich für Kundgebungen sperren.

Unerträglich ist allerdings der Gedanke, dass die rechtsextremen Hetzer an dem in unmittelbarer Nähe zum Tor gelegenen Baugelände für das Holocaust-Mahnmal vorbeizogen, dort gar Stopp machten. Diese Verhöhnung der Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes darf keinesfalls hingenommen werden. Wenn die gesetzlichen Mittel unzureichend angewendet werden oder es sind, um den Neonazis diese Route zu nehmen, dann kann nur aktives demokratisches Handeln helfen. Wie am 12. März auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor, wo sich Tausende Menschen zu einer Gegenkundgebung versammelten und so den Marsch der NPD durch das Tor verhinderten, muss das Mahnmalsgelände - und später auch das Mahnmal - leider weiträumig und wahrscheinlich ständig geschützt werden. Erreicht werden kann das nur durch viele viele Bürgerinnen und Bürger, die aufgerufen sind, entschlossen den Rechten entgegenzutreten. Das ist nicht zuletzt dem Ansehen unseres Landes - ganz besonders im Ausland - geschuldet.

Unheimliche Geschäfte

SS-Chef Heinrich Himmler und 200 Spitzennazis wollten sich durch Freilassung von 3.500 jüdischen KZ-Insassen politisches Asyl in der Schweiz sichern. **Seite 2 ■**

Das rechte Doppel

Von zwei rechtsextremen Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt lässt nur eine überhaupt politischen Gestaltungswillen erkennen. **Seite 3 ■**

Richtungsstreitigkeiten

Die italienischen Neofaschisten unter Pino Rauti sind uneinig darüber, ob sie die bürgerlichen Parteien gegen linke Mehrheiten unterstützen sollen. **Seite 4 ■**

Le Pen als Märtyrer

Der Vorsitzende des französischen Front National sieht durch den Verlust seiner zwei Abgeordnetenmandate seine Bürgerrechte mit Füßen getreten. **Seite 6 ■**

Zivilcourage stärken

Eine Initiative in Sachsen-Anhalt engagiert sich mit nicht-rechten Jugendlichen gegen Rechtsextremismus. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

NS-Vergangenheit**Makabrer Handel**

Himmler und 200 Spitzen-Nazis wollten sich gegen Freilassung von Juden politisches Asyl in der Schweiz sichern.

Die beiden großen Schweizer Banken haben ihre längst überfällige Bringschuld gegenüber NS-Opfern kürzlich beglichen, da droht der Republik neues Ungemach. Die Regierung schweigt zwar noch, aber lange dürfte es nicht mehr dauern, ehe unangenehme Fragen gestellt werden. Unter anderem diese: hat die Regierung in Bern Ende 1944/Anfang 1945 mit Vertretern des SS-Reichssicherheits-Hauptamtes oder gar mit SS-Chef Heinrich Himmler persönlich darüber verhandelt, ob und unter welchen Umständen der SS-Chef und weitere 200 höchste Nazi-Funktionäre in der Schweiz Asyl bekommen können? Dass Himmler versucht hat, sich in der Schweiz in Sicherheit zu bringen, steht seit kurzem fest. Die Dokumente hat der britische Geheimdienst M 15 nach Ablauf der Sperrfrist von fünf Jahren jetzt freigegeben. Während britische und die meisten Schweizer Medien die Affäre oder Sensation nicht aufgreifen, haben die Tageszeitung „Jerusalem Post“ und die „Jüdische Rundschau“ aus Basel ihre Titelseiten dafür frei gemacht.

So viel stand seit langem fest: Im November 1944 befahl Himmler, den Massenmord an Juden sofort zu beenden. Versuche Adolf Eichmanns, diesen Befehl zu umgehen, ahndete Himmler mit einer scharfen Rüge. Anschließend versuchte Himmler selbst, aber auch mit Hilfe seines schwedischen Masseurs, mit dem Präsidenten des schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, über die Kapitulation im Westen und Fortsetzung des Krieges gegen die UdSSR zu verhandeln. Himmler bot ein Million Juden gegen 10.000 winterfeste LKWs mit Anhängern. Um zu beweisen, dass es ihm ernst war, ließ er einige hundert Juden aus dem KZ Bergen-Belsen bei Celle nach Schweden bringen.

Bekannt war bisher auch, dass etwa zur gleichen Zeit ein Zug mit Häftlingen aus dem KZ Theresienstadt bei Prag Richtung Schweiz unterwegs war. Die Organisation hatte Himmlers Geheimdienstchef SS-Obergruppenführer Walter Schellenberg übernommen. Die Hintergründe dieses Transport enthüllen nun die deutschen Dokumente aus dem Archiv von M 15. Wieder war es Schellenberg,

der das Angebot ausgearbeitet hat. Jüdische Organisationen sollten auf ein Schweizer Nummernkonto fünf Millionen Schweizer Franken einzahlen. Dann werde Himmler zwei Transportzüge bereitstellen und 3.500 jüdische KZ-Häftlinge in die Freiheit fahren lassen. Der erste Zug aus Theresienstadt mit exakt 1.700 Juden ist nach den Dokumenten via Konstanz in die Schweiz gelangt. In den Dokumenten befindet sich auch ein Bericht über die Stimmung der Häftlinge. „Sie konnten es einfach nicht glauben, dass es sich nicht um einen weiteren der berüchtigten Todeszüge nach Auschwitz handelte. Auch als der Zug sich bereits unterwegs befand, weigerten sich vor allem ältere Häftlinge, daran zu glauben, dass sie tatsächlich auf dem Weg in die Freiheit waren.“

Der zweite Zug mit Häftlingen aus Bergen-Belsen konnte Deutschland nicht mehr verlassen. Eine Schweizer Zeitung hatte nämlich über die Ankunft des ersten Zuges berichtet. Das war dem Chef des SS-Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Ernst Kaltenbrunner, berichtet worden, der direkten Zugang zu Hitler hatte und ihn informierte. In den nun freigegebenen Dokumenten steht darüber: „Kurz nach dem Eintreffen des ersten Zuges erschien in einer Schweizer Zeitung eine Meldung, wonach sich 200 führende Nazis durch die Freilassung der Juden politisches Asyl in der Schweiz gesichert hätten. Diese Berichte wurden Kaltenbrunner zugeführt, der sie Hitler, zu dem er uneingeschränkter Zugang hatte, in einer Weise präsentierte, dass es ihm gelang, die ganze Aktion zu stoppen.“ Schellenberg, so der Bericht, habe immer wieder versucht, Kaltenbrunner umzustimmen. Doch: „Der wies einfach darauf hin, dass Hitler die Freilassung verboten hatte. Für Himmler war damit seine letzte Hoffnung, sich vor der Kapitulation in Sicherheit zu bringen, geschwunden. Von nun an dürfte er die Giftkapsel bei sich gehabt haben, die er kurz darauf zerbiss.“

Für die Schweiz stellen sich nach den Londoner Veröffentlichungen nun neue Fragen. Wer hat mit Schellenberg verhandelt? Gab es Hinweise auf Chancen, dort 200 Nazi-Spitzen Asyl zu gewähren? Wer sollte zu den „Auserwählten“ gehören? Was wusste das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) in Genf von der Aktion, das nach den Unterlagen die fünf Millionen Franken auf dem Nummernkonto deponieren sollte? Von einem Schlusstrich unter die NS-Zeit kann noch lange nicht die Rede sein. Weitere Dokumente dürften demnächst nach Ablauf der Sperrfrist frei gegeben werden.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund**Überflüssiges Doppel**

Von zwei rechtsextremen Landtagsfraktionen in Magdeburg macht sich nur eine überhaupt bemerkbar.

Was sich im Landtag von Sachsen-Anhalt bereits längere Zeit angedeutet hat, hat sich zwischenzeitlich vollzogen. Die 16 Abgeordneten, die aufgrund einer millionenschweren Materialschlacht des Münchner Multimillionärs, Verlegers und DVU-Bundesvorsitzenden Gerhard Frey im Frühjahr 1998 ins Magdeburger Parlament eingezogen sind, haben sich gespalten und bilden nunmehr zwei Fraktionen. Politisch unterscheiden sich die beiden rechten Haufen eigentlich in gar nichts. Der einzige Unterschied liegt in der Bereitschaft der jeweiligen Fraktionsmitglieder, dem großen Vorsitzenden in München Tribut zu zollen.

Diese Bereitschaft ist beim DVU-Landesvorsitzenden Dieter Kannegießer und seinen fünf Mitstreitern durchaus vorhanden. Bis zu 20 Prozent ihrer Diäten führen sie an Frey ab. Aus der Sicht von Frey ist das die selbstverständliche Dankeschuld der Getreuen in Magdeburg für seine Millioneninvestitionen, die er in den anonymen DVU-Landtagswahlkampf 1998 gesteckt hat. Was über diesen Obolus sonst noch durch Zeitungs- und Buchbestellungen aus der neuen Fraktion in der Münchner Verlegerkasse landet, müssen erst spätere Buchprüfungen des Kannegießer-Clans ergeben.

Ein politisches Programm können die Frey-Getreuen bislang kaum vorlegen. Daran muss noch geschnitzt werden, was möglicherweise nicht ohne Komplikationen abgeht. Denn dass sich Jörg Büchner und Werner Kolde unter dem Dach einer Fraktion wiederfinden, verwundert schon. Büchner ist als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt worden, hat Jahre lang unter dem Tarnnamen Olaf Holland Berichte geschrieben, Freunde und Bekannte ans Messer der Stasi geliefert. Kolde dagegen war ein Opfer des MfS, war 1964/65 als gerade 18-Jähriger aus politischen Gründen inhaftiert und auch nach seiner Haftentlassung schweren Behinderungen in Ausbildung und Berufsausbildung ausgesetzt. Vermutlich sind es die Diäten, die auch nach den Abführungen an Frey für die beiden vor ihrem Landtagseinzug arbeitslosen Abgeordneten gemessen an deren einstigen Arbeitslosengeldern recht hoch lie-

gen, die sie in der Kannegießer-Fraktion und damit ruhig halten. Welcher politische Gestaltungswille in dieser Fraktion vorhanden ist, war bei der Landtagssitzung im März zu spüren, in der die Deutsche Volksunion/Freiheitliche Liste (DVU-FL) erstmals an einem Plenum teilnahm. Zu sämtlichen Tagesordnungspunkten hatte sie auf einen eigenständigen Debattenbeitrag verzichtet.

So tragen Freys Statthalter im Magdeburger Parlament nichts zu dessen Willensbildung bei, wohl aber zur Kostenexplosion. Die neue Fraktion kostet den Steuerzahler durch Funktionszulagen für die Mitglieder des Fraktionsvorstandes sowie einen Arbeitskreisleiter ebenso wie durch allgemeine Fraktionsmittel rund 1,2 Millionen Mark im Jahr.

Kosten, die aber auch die Fraktion der FDVP, der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei von Fraktionschefin Claudia Wiechmann, verursacht. Die aber, und das hat neben den finanziellen Forderungen Freys letztlich zum offenen Bruch geführt, ein gewisses Maß an politischem Gestaltungswillen erkennen lässt. Was sie gefährlicher macht als die Truppe von Kannegießer. Denn der verbringt politisch-parlamentarische Termine ohnehin lieber in der Bahnhofskneipe als im Sitzungsraum.

Claudia Wiechmann und ihr Stellvertreter Helmut Wolf pflegen hingegen eine gewisse Arbeitsteilung. Während sich die Fraktionschefin gerne weitgehend staatstragend gibt, ist Wolf für die Ausfälle zuständig. Eine Debatte zum von der PDS-Fraktion eingebrachten Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes nutzte Wolf jüngst für folgende Entgleisungen: „Die Affinität der PDS für alles und jedes, was dem normalen Empfinden zuwiderläuft, disqualifiziert sie von vornherein, dieses Thema überhaupt anzugreifen“, so Wolf. „Diese Leute wagen es, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen; Schwule und Lesben, zum Grundkapital der PDS gehörend, müssen aus solchen Plänen herausgehalten werden.“ Als die Landtags-Vizepräsidentin Roswitha Stolfa ihn darauf mit einem Ordnungsruf bedachte, verteidigte sich Wolf mit den Worten: „Ich zitiere hier nur Dinge, die bei Ihnen hoffähig sind, mehr tue ich nicht.“

Im Mai will Claudia Wiechmann ihre Partei auf eine breitere Basis stellen. Dann steht der erste Parteitag der FDVP an. Und dann wird sich zeigen, wie eng die von ihr behaupteten Kontakte zur FPÖ wirklich sind.

Eberhard Löblich

Ausland

Flackernde Flamme

Die von der Alleanza Nazionale abgespaltenen italienischen Neofaschisten unter Pino Rauti stecken in einer schweren Krise. Der Kurs des Parteichefs, die bürgerlichen Parteien im Kampf um einen Regierungswechsel zu unterstützen, ist umstritten.

Fast fühlt man sich wie in Deutschland, wenn man gegenwärtig in die italienische Tageszeitung „Linea“ schaut. Wer die Ausgabe vom 6. Februar aufschlägt, erblickt Helmut Kohl, der die Augen vertrauensvoll nach oben richtet. Seine Aussage „Ich habe nichts von Schweizer Konten gewusst“, dient als Titelzeile. Doch der deutsche Parteienskandal ist für die Fiamma Tricolore, deren Organ „Linea“ ist, ein unbedeutender Nebenkriegsschauplatz. Im Mittelpunkt stehen die österreichischen Entwicklungen. „Solidarität mit dem österreichischen Volk“, prangt es wiederholt flächendeckend von der Rückseite. Die neue Regierung aus „Katholiken und Liberalnationalen“ sei angetreten, „die schweren inneren Probleme zu lösen“. „Eine Nation, die sich unter anderem“, so „Linea“, „gegen die wilde Einwanderung verteidigen will, die zur Gefahr der Entfremdung führt.“ „Russland massakriert Tschetschenien und niemand sagt ein Wort“, heißt es weiter, um in der rhetorischen Frage „Warum diese schamhafte Zurückhaltung?“ zu gipfeln.

Auch die italienischen Nationalrevolutionäre des Movimento Sociale - Fiamma Tricolore (MS-FT) nutzen Haider als Hoffnungssymbol. Und Hoffnung hat der MS-FT bitter nötig, denn die Parteientwicklung ist wahrlich nicht so gelaufen, wie sich das der Gründer und Vorsitzende der Partei, Pino Rauti, Anfang 1995 vorgestellt hatte. Nachdem sich die Traditionspartei der Neofaschisten, der MSI, beim Parteikongress in Fiuggi unter Einbeziehung besitzbürgerlicher und autoritärer Kräfte zur Alleanza Nazionale umgestaltet hatte, hatte sich Rauti - wieder einmal - von seiner Partei, diesmal in einer Art Nachahmung Otto Strassers („Die Sozialisten verlassen den MSI...“), getrennt. Großspurig verkündete er die Erwartung, dass sich ihm mindestens 20 Prozent der MSI-Mitgliedschaft anschließen würden. Tatsächlich hatte in der Vergangenheit seine Fraktion bei parteiinternen Wahlen stets mindestens diesen Anteil erzielt.

Rauti hatte allerdings die Organisationsverbundenheit seiner Klientel unterschätzt. Seine neue Formation, ausgestattet mit dem namensgebenden Symbol, der dreifarbigten Flamme in den italienischen Nationalfarben, konnte nie auch nur annähernd der Alleanza Nazionale Gianfranco Finis ernsthaft Konkurrenz machen. „Ihre Inhalte erschöpfen sich in einer nostalgischen Verehrung des Faschismus mit deutlich pathetischen Zügen“, urteilt abschätzig Marco Tarchi, Kopf der italienischen „Neuen“ Rechten über den MS-FT. Diese Nostalgie erstreckt sich allerdings, so muss ergänzt werden, nicht auf die gesamte Parteigeschichte der italienischen Faschisten, sondern konzentriert sich auf den „Bewegungsfaschismus“ bis zum „Marsch auf Rom“ und die Endphase mit der Rückkehr zu den ideologischen Wurzeln, der Repubblica Sociale Italiana (RSI), in deren Freiwilligenverbänden der halbwüchsige Rauti gegen Ende des Krieges selbst noch gekämpft hatte.

Diese ideologischen Bezüge zeigten in der Vergangenheit auch deshalb wenig Anziehungskraft auf das Wahlvolk, weil ein erheblicher Teil derjenigen Kader, die Rautis Ansatz teilen, in der Alleanza Nazionale verblieben ist und dort den - noch immer nennenswerten - „linken“ Flügel um die parteieigene Pseudo-Gewerkschaft CISNAL und die Zeitschriften „Area“ und „L'Italia Settimanale“ bildet. Wenn „Area“ zu einer ihrer politisch-ideologischen Seminare lädt, dann kann neben der inländischen Prominenz der Intellektuellen der extremen Rechten auch schon einmal Alain de Benoist, der Kopf der Nouvelle Droite, als Referent begrüßt werden. Die Einflussmöglichkeiten innerhalb der Alleanza werden von den nationalrevolutionären Kadern noch immer als hoch eingeschätzt.

■ **Mickrige Wahlergebnisse** ■

Und angesichts einer sozialdemokratisch geführten Regierung halten es viele mit Rauti Sympathisierende für wichtiger, möglichst schnell einen neuerlichen Regierungswechsel herbeizuführen, als auf Biegen und Brechen die reine Linie zu vertreten. Zudem lassen die geplanten Wahlrechtsänderungen hin zu einem reinen Mehrheitswahlrecht Erfolgchancen nur noch für solche Formationen zu, die in einen großen Wahlblock eingebunden sind. So musste sich die Partei bei den Parlamentswahlen 1996 mit einem Ergebnis von 1,7 Prozent und einem einzigen Senatorenposten begnügen. Auch die Kommunalwahlen brachten nur vereinzelt zählba-

re Resultate. Bei den Europawahlen konnte immerhin mit Felice Bigliardo ein Funktionär des MS-FT in das Strasbourger Parlament einziehen. Bigliardo hatte bereits zuvor auch die Kontakte zum Front National gepflegt, gehörte bei dessen Parteitag 1997 zu den Mitbegründern des rechten Netzwerkes Europe des Nationalistes.

Solche kleinen Erfolge konnten freilich die hochgesteckten Erwartungen der Klientel nicht befriedigen. Mangelnder Erfolg aber, so besagt die Regel, ruft fast automatisch Fraktionsauseinandersetzungen und Abspaltungen hervor. Bereits Mitte 1997 kam es zum Ausschluss der früheren terroristischen Aktivisten Tomaso Staiti di Cuddia und Adriano Tilgher, beide aus der Avanguardia Nazionale kommend, mit deren Anhängern. Aus diesem Kreis ging die nationalrevolutionäre Kleingruppe Fronte Nazionale (FN) hervor, die zwar noch unbedeutender als die Fiamma Tricolore Rautis blieb, aber einige Bedeutung dadurch erhält, dass sie mit dem Netzwerk „Europäische Befreiungsfront“ kooperiert, dem sich auch Teile der Freien Nationalisten in der Bundesrepublik angeschlossen haben. Ein Teil der Differenzen zwischen Staiti di Cuddia und Tilgher einerseits und Rauti andererseits dürfte weniger aus aktuellen ideologischen Differenzen herrühren, als aus einer unterschiedlichen strategischen Vergangenheit. Die Avanguardia Nazionale, aus der die beiden Verstoßenen kamen, hatte sich immer in Konkurrenz zum durch Rauti gegründeten Ordine Nuovo gesehen, dessen Mehrheit er 1971 wieder in den MSI eingebracht hatte.

■ Front gegen Sozialabbau ■

Diese Spaltung sollte nicht die letzte gewesen sein. Bei der jüngsten allerdings stand der Miniatur-Duce Rauti selbst im Mittelpunkt. Ab Herbst 1999 entspannten sich heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen um die Bündnispolitik. Zehn Provinzvorsitzende sowie der Europaabgeordnete Bigliardo sprachen sich dagegen aus, dass durch Wahlabsprachen der bürgerliche Block unterstützt wird, um linke Mehrheiten zu verhindern. Für Rauti, der bei aller ideologischen „Grundsatztreue“ nie die profanen Machtfragen aus den Augen verloren hat, war ein solches taktisches Vorgehen dagegen geradezu selbstverständlich. Die Puristen jedoch witterten Verrat. Noch kurz vor diesen Fraktionsauseinandersetzungen hatte sich die Parteiführung bei Vorwürfen gegen Rauti, die im Zusammenhang

mit dessen möglicher Beteiligung an dem Bombenanschlag auf der Piazza Fontane 1972 standen, vorbehaltlos hinter den Vorsitzenden gestellt. Die taktischen Fragen wurden als wichtiger eingestuft als die mögliche Beteiligung an dem Attentat. Die Anti-Rauti-Fraktion des ZK-Vorsitzenden Romolo Sabatini berief für den 24. Oktober 1999 eine ZK-Sitzung ein, die von Rauti als „spalterisch und statutenwidrig“ bezeichnet wurde. Die Rauti-treuen Teile der Partei antworteten ihrerseits mit einer Sitzung am 7. November. Schließlich beschloss das Zentralkomitee am 13. November den Ausschluss von Sabatini und dessen Gefolgsleuten.

Neuer Präsident des Zentralkomitees ist Professor Stelvio Dan Piaz, der gemeinsam mit Rauti, dem greisen Ehrenvorsitzenden Professor Manlio Sargenti, und dem Direktor der „Linea“, Claudio Pescatore, die eigentliche Parteileitung bildet. Sargenti gilt als Theoretiker des Korporatismus. Zu seinen Stellvertretern im ZK wurden bei der Sitzung von Zentralkomitee, Provinzvorsitzenden und Regionalkoordinatoren - insgesamt kaum mehr als 50 Personen - Ende Januar Professor Giuseppe Incardona und Giancarlo Benzoni gewählt. Vorsitzender der in diesen Kreisen wichtigen zentralen Schiedskommission wurde Rechtsanwalt Maurizio Dionisio. Die unlängst unterlegenen Kader wurden nach bewährtem Muster als „Verräter“ tituiert. Dass es sich entgegen den Darstellungen des MS-FT keineswegs lediglich um ein unbedeutendes Schisma handelte, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass immerhin 20 bisherige Mitglieder des ZK aus der Partei ausgeschlossen wurden. Nach den Regionalwahlen soll im Frühsommer der 2. Parteikongress in Rom stattfinden. Rauti ist zwar in seiner neuen Formation Sieger geblieben, hat aber einen erheblichen Aderlass für seine Partei hinnehmen müssen.

Er braucht also dringend Erfolgserlebnisse, wenn er den Zerfall seiner von Krisen geschüttelten Partei vermeiden will. So kamen die Versöhnungsgespräche mit dem ausgestoßenen Tilgher und etlichen Rechtsintellektuellen am 7. Januar gerade recht. Gemeinsam wollen sich Rautis Anhänger mit der Gruppierung um Tilgher in die Front gegen die von Neoliberalen initiierten Referenden, die auf einen Abbau des Sozialstaates zielen, einreihen und den sozialen Kampf zum Schwerpunkt machen. Tilgher allerdings muss sich zunächst um andere Dinge kümmern. Einen Tag nach diesen Gesprächen wurden seine Parteibüros in die Luft gesprengt. Deutliche Indizien verweisen auf Täter aus der extremen Rechten.

Jean Cremet

Ausland**Die Märtyrer-Rolle**

Der Vorsitzende des französischen Front National Le Pen sieht seine Rechte mit Füßen getreten und hofft jetzt auf den Europäischen Gerichtshof.

Jean-Marie Le Pen verliert seine beiden Abgeordneten-Mandate, und wie an so vielem, sind auch hieran - in seinen Augen - offensichtlich die Juden und die anderen finsternen Mächte, die uns beherrschen (Freimaurer, „internationalistische Lobby“) schuld.

Anfang März dieses Jahres war Le Pen von offizieller Seite über den bevorstehenden Entzug seiner parlamentarischen Mandate im Europaparlament und im Marseiller Regionalparlament für Frankreichs Südost-Region PACA (Provence - Alpes - Côte d'Azur) informiert worden. Vorausgegangen war Le Pens strafrechtliche Verurteilung durch den Kassationshof, das oberste französische Gericht in Straf- und Zivilsachen, die am 23. November 1999 in letzter Instanz erfolgte. Das Strafmaß lautet auf drei Monate Haft auf Bewährung, eine Geldstrafe sowie ein Jahr Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte, und damit auch des passiven Wahlrechts, was den Verlust der parlamentarischen Mandate nach sich zieht. Grund für die Verurteilung ist die Körperverletzung, die Le Pen am 30. Mai 1997 - zwei Tage vor den letzten Parlamentswahlen - an der sozialistischen Parlamentskandidatin Anne Peulvast-Bergeal in der Pariser Trabantenstadt Mantes-la-Jolie beging.

Am Freitag, den 17. März fand die erste Plenarsitzung des Regionalrats PACA statt, an der Le Pen nicht mehr als Abgeordneter teilnehmen durfte. Er hatte bereits im Vorfeld angekündigt, dass er sich auf keinen Fall an das Verbot zu halten gedenke, und dass man schon sehen werde, ob man ihn mit Gewalt aus dem Saal zu zerren gedenke. Am Freitag vormittag erschien Le Pen tatsächlich in der Halle des Regionalparlaments, wo ihn bereits Hunderte von Fotografen und Fernsehkameras erwarteten; am Vortag hatte der Präsident des Regionalrats, der Sozialist Michel Vauzelle, ihn nochmals in aller Form darüber informiert, dass er sich derzeit nicht als Parlamentarier betrachten könne und daher keinen Zugang zum Sitzungssaal habe. Le Pen wurde denn auch vom Wach- und Sicherheitspersonal abgewehrt, als er in die Sitzung ein-

zudringen suchte. Er erklärte daraufhin vor den zahlreich versammelten Journalisten: „Ich bin an Ungerechtigkeit gewöhnt; dies ist nicht die erste Ungerechtigkeit, deren Opfer ich werde.“ Er werde aber „kämpfen“. Im Anschluss daran nahm er in der Loge, die für die technischen Mitarbeiter und Berater der Ratsfraktionen bestimmt ist, an der Sitzung teil, während die FN-Fraktion (unter Beschimpfung von Parlamentspräsident Vauzelle als „Nazi“) geschlossen aus der Sitzung auszog.

Le Pen will jetzt unter anderem den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg mit seiner Sache beschäftigen. Denn in seinen Augen ist er ein Bürger, dessen Rechte durch die nationalen - juristischen und politischen - Instanzen seines Landes mit Füßen getreten werden. Ausgerechnet die europäischen Justizinstanzen sollen ihn jetzt vor den Behörden und Richtern seines eigenen Landes schützen.

Für seine schändliche Knechtung hat Le Pen nunmehr auch öffentlich die Schuldigen ausgemacht. Am 2. März hatte er rund 1.500 seiner Anhänger in einen Pariser Versammlungssaal mobilisiert. Dabei tat Le Pen ihnen einige Einsichten über das „Komplott“ kund - dessen Opfer er selbst sei, aber auch die österreichische Regierung, bezüglich derer er sich über die EU-Maßnahmen ereiferte - und über die Diktatur, in welcher wir leben. Originalton Le Pen: „Die Mondialisten (Anm: von 'monde', die Welt - also eine Chiffre für Kosmopoliten, Universalisten undsoweiter) haben aus der Schoah eine Waffe im Dienste ihrer Tyrannei gemacht. (...) Die jüdischen Organisationen haben aus der Schoah ein Instrument psychologischer Druckausübung gemacht. (Dies, indem) sie Schuldgefühle bei den Nichtjuden hervorrufen. (...) Selbstverständlich respektieren wir den Willen der Juden, ihre Märtyrer in Erinnerung zu behalten. (...) Aber wir nehmen es nicht hin, unsere Freiheit und unsere Rechte einschränken zu lassen, weil wir keine Juden sind.“

Ferner prangerte Le Pen die „totalitäre, intolerante, sich ausbreitende Religion“ an, welche die mon-dialistische Menschenrechts-Ideologie (Le Pen wörtlich: „Kult der Menschenrechte“) darstelle und die „ihre Götter (habe), (nämlich) Uncle Sam, Big Brother, den Dollar, und ihren antifaschistischen und antirassistischen Klerus“. Aber auch ihren Satan, der als Schreckgespenst diene, in Gestalt des „Nazismus“, der seit 50 Jahren tagtäglich in Erinnerung gerufen werde.

Bernhard Schmid

Aus der Szene**Brauner Untergrund**

„Adolf Hitler - der größte Mensch des Jahrtausends!!!“ titelt der in Lincoln/Nebraska (USA) erscheinende „NS Kampfruf“, die „Kampfschrift“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) in seiner aktuellen Ausgabe vom März/April 2000. Weiter heißt es in der antisemitischen Hetzschrift (Juden werden mit „feigen Schakalen gleichgesetzt): „Adolf Hitler war ein Mann, der sich selbst, ja sein gesamtes Leben für sein Volk opferte. Die große Tugend bildet ein wesentliches Merkmal des Nationalsozialismus, so z.B. das Aufopfern eines Einzigen für eine große Sache. Deshalb zählt ein Nationalsozialist mehr als hundert Demokraten“.

Die Macher des „NS Kampfrufs“ informieren darüber, dass in diesem Jahr auch erstmalig eine finnisch sprachige Ausgabe des braunen Untergrundblattes erschienen ist. Bisher wurde der „NS Kampfruf“ in zehn Sprachen herausgegeben: Deutsch, Englisch, Dänisch, Schwedisch, Ungarisch, Holländisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch und Italienisch.

Staatsanwälten und Richtern wird unverhohlen mit Gewalt gedroht; diese seien als „Mitglieder einer kriminellen Vereinigung“ zu betrachten und zu verfolgen: „Berufen sie sich auf einen ‘Beamtenstatus’ und auf die Ausrede ‘Befehl ist Befehl’, werden sie (...) daran erinnert, dass ihre Vorgänger in Nürnberg dasselbe sagten - aber sie wurden trotzdem von ihren ‘Befreier’ erhängt“.

Veröffentlichte Leserbriefe im „NS Kampfruf“ dokumentieren, dass dieser in Neonazi-Kreisen weltweit gelesen wird. Abgedruckt sind Leserzuschriften aus den USA, Schweiz, Weißrussland, Spanien, Italien, Lettland, Jugoslawien, Slowakei und Südafrika. Mehrere Leserbriefe haben ihren Absender auch in der Bundesrepublik, einer stammt aus der ostsächsischen Stadt Bautzen: „Da ich noch ziemlich jung bin (18 Jahre), bin ich ständig mit einer negroid-verseuchten, jüdisch-gesteuerten, primitiven und undeutschen Jugendkultur konfrontiert. Ich glaube, unser Führer würde sich im Grabe umdrehen, wenn er Deutschland und den größten Teil seiner Jugend jetzt sehen könnte!“ Der namentlich nicht genannte Neonazi schließt seinen Brief mit dem Satz: „Es lebe der Nationalsozialismus und das deutsche Reich!“

A.M.

Aktivitäten**Publizisten schulen**

In Seminaren werden Rechtsextremisten zum Leserbriefschreiben animiert.

Rechtsextremisten versuchen, „über die Leserbrief-Spalten eine Plattform zu finden, um ihre Ideologie in seriösen Tageszeitungen zu verbreiten“, warnte die Journalistin Franziska Hundseder, Mitglied des Deutschen Presserates, in dem Journalisten und Verleger vertreten sind, schon vor Jahren. Anschließend würden diese Leserbriefe in rechtsextremen Publikationen nachgedruckt, wobei der Eindruck vermittelt werde, es handle sich um redaktionelle Äußerungen der Zeitungen.

Nach wie vor wird dies heute praktiziert. Gezielt werden rechtsextreme Gefolgsleute auf eigens dafür ausgerichteten Schulungen und in entsprechenden Aufrufen dazu motiviert, Leserbriefe als „publizistischen Freiraum“ („Nation&Europa“) zu nutzen.

Tipps zum Leserbriefschreiben liefert beispielsweise der bundesweit bekannte Rechtsextremist Jürgen Schützing, geschäftsführender Bundessprecher der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), zuvor NPD-Bundesvize. In unregelmäßigen Abständen veranstaltet der DLVH-Stadt- und Kreisrat, zugleich Vorsitzender des Süddeutschen Bundes für Volk und Heimat e.V. sowie des Beratungs- und Kulturzentrums für Deutsche und deren Freunde (BKZ), in seinem baden-württembergischen Wohnort Villingen-Schwenningen sogenannte „Leserbriefschreibertreffen“.

„Hinweise“ dazu finden sich auch immer wieder in dem Zweimonatsblatt „Frieden 2000“ von Alfred Mechttersheimer. Dort wird den schreibwilligen Gesinnungsfreunden zum Verfassen eines Leserbriefes geraten: „Da der letzte Absatz und Satz sich am einfachsten streichen lassen, sollte der ‘Tabubrecher’ möglichst geschickt in der Mitte gebracht werden.“

Autor dieser Zeilen ist der selbsternannte Leserbriefexperte Hans-Joachim Mischke, der unter anderem die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Junge Freiheit“, „Nation&Europa“ und das „Ostpreußenblatt“ mit Leserbriefen beglückt. Politisch Sympathisierenden rät Oberst a.D. Mischke noch, „untereinander Verbindung aufzunehmen und mit Gleichgesinnten Unterlagen und Erfahrungen auszutauschen und Absprachen zu treffen.“

Anton Maegerle

Grauzone**Versuch der Wende**

Die der ÖDP nahe stehende Stiftung für Ökologie und Demokratie hat Verbindungen zu extrem rechten Organisationen geknüpft.

Es kommt selten vor, dass die extrem rechten Unabhängigen Ökologen Deutschlands (UÖD) freundliche Worte für die ehemaligen Freunde von der Ökologisch-Demokratischen Partei finden, von denen man sich ab 1989 im Streit getrennt hat. Üblicherweise wird die kleine Öko-Partei im UÖD-Organ „Ökologie“ nur abfällig unter der Rubrik „Rote Beete“ abgehandelt. Man verargt der ÖDP noch immer, dass diese sich nach der Entmachtung des Parteigründers und -theoretikers Herbert Gruhl nach und nach erst von der rechtsextremen Dominanz und schließlich auch von den entsprechenden ideologischen Wurzeln getrennt hat.

Wenn dann aber doch einmal ein lobendes Wort fällt, dann ist in letzter Zeit ausgerechnet Hans-Joachim Ritter der Anlass, der im Februar 1989 Gruhl als Parteivorsitzender abgelöst hatte und diesen Posten bis 1993 ausfüllte. In der damaligen innerparteilichen Auseinandersetzung hatte Ritter zu den entschiedensten Gegnern Gruhls gehört. Seit 1994 ist er Vorsitzender der parteinahen Stiftung für Ökologie und Demokratie. Mit dieser Stiftung versucht Ritter, der Partei eine geschlossene „konservative“ Ideologie zu vermitteln. Mit wenig Erfolg bisher.

Wenn allerdings die „Ökologie“ hervorhebt: „Es wäre ungerecht, wollte man die ‘Stiftung für Ökologie und Demokratie’ mit der derzeit offiziösen ÖDP-Politik gleichsetzen. Die Parteistiftung hat sich im Niveau ihrer Angebote und Grundhaltungen schon seit langem deutlich von der Parteidoktrin abgesetzt. (...) Es wäre der ÖDP zu wünschen, bei ‘ihrer’ Stiftung endlich in die Schule zu gehen.“ (3/99), dann ist Aufmerksamkeit geboten. Ein Grund für diese Anerkennung dürfte auch in dem Umstand begründet sein, dass sich die Stiftung Professor Günter Rohmoser als Referenten eingeladen hatte, der nicht nur seit Jahren die CDU von rechts kritisiert und eine zunehmende „Entchristlichung“ als Ursache allen politischen Übels ausgemacht hat, sondern auch von den UÖD selbst zum zentralen Treffen eingeladen worden war. Und

sicherlich haben in diesen Kreisen auch Ritters Ausführungen beim letzten ÖDP-Parteitag im Herbst 1999 in Berlin Aufsehen erregt. Dort hatte er unter anderem erklärt: „Die Partei muss verstehen lernen, dass sie mit ständigen Programmverfeinerungen und Ab- und Ausgrenzungsbemühungen gegenüber wem auch immer, nicht weiter kommt. Was diese Partei braucht ist eine charismatische Führungspersönlichkeit, die die Botschaft der ÖDP einfach, kurz und überzeugend rüberbringt.“ Für ihn gelte weiterhin der „altbewährte Grundsatz: Viel Feind - viel Ehr!“

Dies alles könnte als relativ nebensächlich angesehen werden, wenn die Parteistiftung nicht inzwischen eine Bündniskonstellation eingegangen wäre, die unangenehm an die früheren Tage der ÖDP unter Herbert Gruhl gemahnt. Für den 7. bis 9. April ist jetzt eine Wochenendtagung „Innovationen durch Erfindungen am Standort Deutschland“ geplant. Laut Programmankündigung sollen daran auch Vertreter aller Bundestagsparteien teilnehmen. Die Kooperationspartner dabei sind unter anderem die Internationale Gesellschaft für interdisziplinäre Wissenschaften (Interdis) des umtriebigen Internisten Hans Kaegelmann (Windeck), die Vereinigung für Vernunft und Verantwortung (VVV), der Deutsche Bund zur Rettung des Lebens sowie das „christliche Hilfswerk“ Bruderschaft Salem. Eine solche Zusammenarbeit ist in der Tat geeignet, den Verdacht rechtsextremer Verbindungen wiederzubeleben, der eigentlich bereits zu den Akten gelegt worden war.

Kaegelmann, der früher Leiter des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der ÖDP war, ist über seine diversen organisatorischen Aktivitäten eng mit der extremen Rechten verflochten. So war er 1978 gemeinsam mit Max-Otto Bruker Initiator einer grünen Wahlliste in Rheinland-Pfalz, die rechtsextrem durchgesetzt war. Mit einigen der damaligen Aktivisten arbeitet er noch heute zusammen. Walter Loewen (Hannover), Arbeitskreisleiter in der Interdis, war zu Beginn der sechziger Jahre Vorsitzender der deutschen Sektion der nationalrevolutionären Jeune Europe und gründete später die ähnlich ausgerichtete Europafront. Gerhard Pretzmann (Wien), Vizepräsident der Interdis, war im Oktober Spitzenkandidat der Vereinten Grundsatztreuen Ökologen (VGÖ) und der rechtsextremen Gruppierung Die Neutralen zum Nationalrat in Österreich. Auffällig ist der hohe Anteil rechtsextrem orientierter Anhänger der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells in der Interdis.

Kaum besser bestellt ist es mit den anderen aktuellen Bündnispartnern der Stiftung für Ökologie und Demokratie. So ist der Deutsche Bund zur Rettung des Lebens eine Abspaltung des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL), der sich von diesem wegen deutlich geschichtsrevisionistischer Äußerungen der Führungsgruppe um das Ehepaar Werner Georg Haverbeck und Ursula Haverbeck-Wetzel sowie Ernst-Otto Cohrs getrennt hatte. Allerdings wäre die Annahme einer gemäßigteren Ausrichtung verfehlt. Es handelte sich vorwiegend um die Abspaltung einer konkurrierenden rechts-extremen Strömung, die sich weiterhin auf den Segen des WSL-Gründers Günther Schwab und die Unterstützung des ebenfalls einschlägig bekannten Max-Otto Bruker berufen konnte. In der überalterten Gruppierung sind die starken Einflüsse der Freiwirtschaftslehre und der Vorstellungen Arthur Mahrauns nicht zu übersehen.

■ „Partei braucht eine charismatische Führungspersönlichkeit“ ■

Ebenfalls vorwiegend durch Negativschlagzeilen aufgefallen ist die in Stadtsteinach ansässige Bruderschaft Salem. Dem Vorsitzenden und Gründer des „christlichen Hilfswerks“, bei dem es sich um ein „insgesamt einzigartiges Aufbauwerk“, so Kaegelman, handeln soll, ist durch die Bezirksregierung Oberfranken untersagt worden, in seinen Einrichtungen in die Erziehung der Kinder einzugreifen. Müller bezeichnete sich selbst als „einen der engsten Freunde“ des Kriegsverbrechers Herbert Kappler. Wiederholt fanden Tagungen rechts-extremer Organisationen in seiner Salem-Siedlung statt.

Zwar bewegen sich zahlreiche der Aktivisten aus dem Umfeld Kaegelmans im Feld zwischen Spekulation und Phantastik, so Gerd Zesar, der bei der Tagung über Elektrosmog und angebliche Erfindungsbehinderungen referieren soll oder der Arzt Heinz Gerhard Vogelsang, der eine Weltbevölkerung von 50 Milliarden Menschen für notwendig hält, doch sind personelle und organisatorische Verflechtungen zum Rechtsextremismus nicht zu übersehen. Dies alles könnte, wegen der mangelnden Bedeutung der Vereine, mit einem Stirnrunzeln übergangen werden. Doch inzwischen ist die Stiftung der ÖDP korporatives Mitglied der Interdis geworden. Hans-Joachim Ritter scheint es also ernst zu sein mit dem Versuch einer neuerlichen Tendenzwende bei der ÖDP. *Volkmar Wölk*

Nachruf

Wider den Ungeist

Am 4. März 2000 ist der jüdische Soziologe und Musikwissenschaftler Alphons Silbermann im Alter von 90 Jahren in seiner Vaterstadt Köln gestorben. Deutschland hat einen brillianten und liebenswerten Forscher verloren, der ungeachtet seines schweren, aus seiner Religion begründeten Schicksals seinem Vaterland Deutschland und dessen Kultur verbunden geblieben war. Der Sohn eines begüterten Kaufmanns hatte Rechtswissenschaft studiert, sich jedoch schon bald einem Zweitstudium der Musik zugewandt. Sein Interesse galt dann bald der Soziologie, insbesondere den Fragen der Wirkung von Medien auf die Menschen. Nach der Emigration nach Australien kehrte Silbermann zunächst nach Frankreich zurück und erst 1970 nach Deutschland. Dort hatte er an der Universität Köln einen Lehrstuhl für Kommunikationssoziologie inne.

Waren es zunächst die medien- und musiksoziologischen Themen, die den Schwerpunkt seiner Arbeit bildeten, so forschte er nach der Rückkehr über das Vorurteil, gegen das er persönlich lebte, den Fremdenhass, vor allem aber über den Antisemitismus. In seinen Arbeiten *Der ungeliebte Jude*. Zur Soziologie des Antisemitismus (1981), *Sind wir Antisemiten* (1982), *Alle Kreter lügen. Die Kunst, mit Vorurteilen zu leben* (1993), *Der „normale“ Hass auf die Fremden* (1995 mit Francis Hüser) waren Ergebnisse gründlicher Feldforschung niedergelegt. Sein Augenmerk galt dem latenten Vorurteil beziehungsweise Antisemitismus, der Frage warum „trotz der Scheußlichkeiten aus vergangener Zeit, trotz Aufklärungs- und Erziehungsbemühungen, trotz moralischer Entrüstung, trotz der geringen in der Bundesrepublik lebenden Anzahl von jüdischen Bürgern das soziale Vorurteil, genannt Antisemitismus, existent ist“. Immer wieder zog er gegen die Verharmlosung des Antisemitismus zu Felde und gegen die Verdrängung. Für dieses Jahr war angekündigt (mit Manfred Stoffert) *Auschwitz: nie davon gehört*, eine Untersuchung über den Umgang der Deutschen mit dem Holocaust. Gleichzeitig beschäftigte ihn, wie sich die zurückgekehrten und zugewanderten Juden in der ihnen feindlichen Umgebung einrichteten.

Als Flaneur des Jahrhunderts hatte er sich in seiner 1999 erschienenen Biographie gesehen. Sein Jahrhundert liegt hinter uns, möge uns seine Forschung den Weg in ein besseres ebnen. *(khr)*

Demokratische Initiativen**Zivilcourage stärken**

Eine Initiative in Sachsen-Anhalt will dem Rechtsextremismus mit einem Programm für nicht-rechte Jugendliche begegnen.

Was in Brandenburg zurzeit schon wieder an politischer Uneinigkeit zu zerbrechen droht, kommt in Sachsen-Anhalt gerade erst ins Rollen: der von Seiten der Landesregierung initiierte Versuch, über einen Verein mit diversen regionalen Zentren gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorzugehen. Hinter „Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.“ verbirgt sich allerdings kein Regierungsprogramm, sondern ein Verein, der landesweit „zivilgesellschaftliches Engagement fördern, Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit unterstützen und zur Stärkung einer demokratischen Kultur beitragen“ will.

Vergleichbar den Brandenburger Initiativen „Tolerantes Brandenburg“ und „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ will das Netzwerk vor allem in den Kommunen tätig werden - also dort, wo es, so die Selbstdarstellung, „bisher wenig Engagement für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen-Anhalt gibt“. Der Verein wurde im Mai 1999 gegründet. Drei regionale Zentren befinden sich in Gardelegen, Aschersleben und Weißenfels. Das Gardelegener Zentrum mit zweieinhalb Mitarbeitern wurde als erstes der drei jetzt am 15. März von Ministerpräsident Reinhard Höppner offiziell eröffnet.

Konkret richtet sich „Miteinander e.V.“ nicht an rechts orientierte Jugendliche, sondern an die verbleibende Zivilgesellschaft: „Die rechten Subkulturen haben in vielen Kommunen eine enorme Attraktivität für Jugendliche“, sagt Geschäftsführer Lynen van Berg, „wir wollen genau die unterstützen, die politisch anders orientiert sind.“ Auch in Sachsen-Anhalt haben vielerorts rechte Jugendliche die Hegemonie erobert; anders Denkende bekommen vor Ort oft keinen Fuß auf den Boden und wandern mit Erreichen der Volljährigkeit in die Städte ab. „Miteinander“ will bestehende Initiativen vernetzen, Angebote zur schulischen und außerschulischen Weiterbildung machen, aber auch an die „Opfer“ rechter Gewalt herantreten: „Es ist enorm wichtig, auch Leuten, die bereits angegriffen wurden, zu ihrem Recht zu verhelfen“, so Berg.

Das „Miteinander“-Konzept spiegelt einen Ansatz wieder, der erst seit Mitte der 90er-Jahre Fuß fasst: dem Problem Rechtsextremismus nicht über Arbeit mit Rechten zu begegnen, sondern über die Nicht-Rechten. Dahinter steht sowohl die auch unter Experten immer noch ungeklärte Frage, bis zu welchem Grad rechter Gesinnung man mit Jugendlichen überhaupt arbeiten und ihnen Räume zur Verfügung stellen sollte als auch die schlechten Erfahrungen des „AgAG“: Das Anfang der 90er Jahre von der Bundesregierung ins Leben gerufene Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, das an diversen Orten in den neuen Ländern Jugendclubs und Treffpunkte finanzierte, kam aus den Schlagzeilen gar nicht mehr heraus, als immer wieder bekannt wurde, dass mit öffentlichen Geldern ganze Schaltzentralen rechter Zellen unterstützt wurden. Seither ist man skeptisch geworden, was die Möglichkeiten der positiven Einflussnahme auf Jugendliche angeht.

Dass in Sachsen-Anhalt etwas getan werden muss, wurde allerspätestens deutlich, als das Bundesland im April 1998 weltweit Schlagzeilen machte, weil fast 13 Prozent der Wähler der DVU ihre Stimme gegeben hatten. Kurze Zeit später wurde seitens der Regierung ein „integriertes Handlungskonzept“ verabschiedet und die Koordinationsstelle „Weltoffenes Sachsen-Anhalt“ eingerichtet.

Auch Ministerpräsident Reinhard Höppner fand bei der Gründung des Vereins, der in diesem Jahr mit 1,7 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt gefördert wird, klare Worte: „Wir wollen, dass unsere Gaststudenten sich ohne Angst bewegen, dass unsere Jugendlichen ohne Angst in die Schule gehen und dass Asylbewerber das Gefühl haben, dass sie hier in Sicherheit leben können“, so Höppner. Und: „Mit untätigen Biedermännern sind Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit nicht zu überwinden, nur mit vielen engagierten Mitbürgern.“ Ob es gelingt, mithilfe des Vereins und dreier regionaler Zentren die Zivilgesellschaft zu stärken, darf angesichts der Brandenburger Erfahrungen der letzten Jahre zumindest skeptisch abgewartet werden. Doch immerhin fällt auf, dass es in Sachsen-Anhalt anders als im benachbarten Brandenburg zurzeit noch politisch gewollt ist, ein Programm gegen Rechtsextremismus zu installieren, ohne Angst zu haben, dem Linksextremismus nicht gerecht zu werden.

Jeannette Goddar

Kontakt: Miteinander e.V., Geschäftsstelle Magdeburg, Schellingstraße 3-4, 39104 Magdeburg, Tel.: 0391/5371241, Fax: 0391/5371249

Bücherschau**Sklaven im NS-Staat**

Der Band „Räder müssen rollen für den Sieg“ dokumentiert die Zwangsarbeit im Hitlerstaat am Beispiel des Kreises Esslingen (Württemberg). Von den Massengräbern im Wald und den vielen kleinen Arbeitserziehungslagern und KZ-Außenstellen ist kaum eine Spur geblieben. Gäbe es nicht Dokumente wie zum Beispiel die in diesem Buch abgedruckten Briefe der Opfer, dann wäre vom Unrecht der Zwangsarbeit nur der erbärmliche Streit um die Entschädigung der Opfer übrig. Der Druck auf die deutsche Industrie und den deutschen Staat, der das jetzige Entschädigungsverfahren auf den Weg gebracht hat, kam vom Ausland. In Deutschland blieb es bei der unermüdlichen Arbeit kleiner Gruppen und Pionierstudien wie „Räder müssen rollen für den Sieg“.

Zwei theoretische Studien befassen sich mit dem Arbeitsbegriff, der dem Zwangsarbeitssystem zugrunde lag. Karl Heinz Roth sieht ein Kontinuum zwischen Arbeit im Kapitalismus und den Erfindungen des Hitlerstaates wie „Pflichtarbeit“, „Arbeitsdienst“, „Landhilfe“, „Dienstverpflichtung“ bis hin zur „Extremform der Sklavenarbeit von KZ-Häftlingen“ (Roth). Erzwungen sind alle Arbeitsformen, auch die nicht von der SS organisiert. Der Unterschied besteht darin, dass die marktvermittelte industrielle Lohnarbeit dem Einzelnen den Rückzug in andere Reproduktionsformen offenlässt. Nach Roth kam es im Verlauf des Zweiten Weltkriegs zu einer „Ökonomisierung des NS-Terrors“, durch die das deutsche Proletariat „unterschichtet“, das heißt durch ein Subproletariat ergänzt wurde. Auf diese Weise gelang es, die Arbeitslöhne „trotz des Übergangs zur Vollbeschäftigung auf dem Depressionsniveau der dreißiger Jahre zu fixieren.“ Roth kommt zu dem Schluss, Arbeit in der Hitlerzeit sei „eine Synthese aller aus dem kapitalistischen Weltsystem des 19. und 20. Jahrhunderts bekannten Ausbeutungsformen“. Holger Schatz und Andrea Woeldike betonen die historischen Wurzeln der „deutschen Arbeit“. Sie wird nicht vom Produkt her verstanden, sondern ist seit der Romantik Pflicht, Teilhabe am Volksganzen, Berufung statt Job, wie früher die Studienräte zu sagen wussten. In der Rede von der „deutschen Arbeit“ schwang immer ihr Gegenbild, die „jüdische Nichtarbeit“ mit. Mit den Juden wurde das, was gesellschaftlich schon möglich war - die

ökonomische Existenz jenseits des Lohnarbeitsverhältnisses - vernichtet, mit den Sinti und Roma die Erinnerung an ein noch nicht den kapitalistischen Zwängen unterworfenen Wirtschaften.

Beide Ansätze verdienten eine gründliche Ausarbeitung. In Texten der Deutschen Arbeitsfront und soweit mehr zu finden als in den gespreizten Hitlerzitat, die die Autoren bemühen. An einem entscheidenden Punkt stimmt die Analogie von kapitalistischer Lohnarbeit und NS-Zwangsarbeit sicherlich nicht: Ein Kapitalist will das variable Kapital (Arbeit) nicht vernichten, sondern ausbeuten, und nie und nimmer würde er für die Vernichtung Geld ausgeben. *Friedrich-Paul Heller*

„Räder müssen rollen für den Sieg“ : Zwangsarbeit im „Dritten Reich“, hrsg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes..., Stuttgart, Schmetterlingsverlag, 2000, 182 S., ISBN 3-89657-406-4.

Demokratische Initiativen**Zeitzeugen berichten**

In der Veranstaltungsreihe Lebenszeugnisse, die gemeinsam vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Literaturforum im Brecht-Haus durchgeführt wird, werden - durch Lesungen, Gespräche und Diskussionen - Autorinnen und Autoren vorgestellt, die als Zeitzeugen über die NS-Zeit berichten. Themen sind dabei unter anderem die Diskriminierung von Juden in der NS-Zeit, Holocaust und Exil, die Erfahrung des Überlebens sowie die Schwierigkeiten des Erinnerns.

Am 30. März wird der 1927 in Polen geborene Thomas Toivi Blatt im Gespräch mit Wolfgang Benz, dem Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, über das NS-Vernichtungslager Sobibór, sprechen. Blatt, der heute als Geschäftsmann in den USA lebt, wurde als 15-Jähriger mit seiner Familie nach Sobibór, deportiert. Seine Angehörigen wurden vergast. Der junge Blatt, der als Einziger überlebte, beteiligte sich maßgeblich an den Vorbereitungen des Aufstands im KZ Sobibór, wo 250.000 Juden in den Gaskammern ermordet wurden. Er konnte fliehen und landete bei einer Partisanengruppe. Seine Erinnerungen hat Blatt erstmals in den USA publiziert. Die deutsche Übersetzung ist jetzt im Aufbau-Verlag erschienen und trägt den Titel: „Nur die Schatten bleiben, der Aufstand im Vernichtungslager Sobibór“.

Donnerstag, 30. März um 20.00 Uhr im Literaturforum im Brecht-Haus, Chauseestraße 125, 10115 Berlin.

Bücherschau**Kirchliche Legenden**

Die katholische Kirche war ein Hort des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, eine oppositionelle Bastion, der Nazi-Deutschland mit vehementer Verfolgung zu Leibe rückte. An diesem Image bastelt die Kirchenleitung seit Jahrzehnten. Gleich nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus rief sie alle Diözesen auf, Konflikte der Würdenträger mit den NS-Machthabern akribisch zu dokumentieren, und ließ den voluminösen Band „Priester unter Hitlers Terror“ entstehen. Willfährigkeit und Anbiederung führender Katholiken dem NS-Staat gegenüber offenzulegen, daran war damals wie heute weniger gedacht.

Lieber schafft man sich Märtyrer. Einer von ihnen ist der Essener Bergmann und spätere Chefredakteur der Verbandszeitung der „Katholischen Arbeiterbewegung“, Nikolaus Groß. Wegen seiner Beteiligung am Anschlag auf Hitler vom 20. Juli 1944 verurteilte ihn NS-Schreckensrichter Roland Freisler zum Tode. Seit geraumer Zeit betreibt die Kirche nun das förmliche Verfahren, das zur Seligsprechung von Nikolaus Groß und anderer katholischer Widerstandskämpfer führen soll - und aller Voraussicht nach wird. Sein „Opfertod für den Glauben“ würde Groß damit zum offiziell verehrungswürdigen Katholiken erheben.

Der in Köln lebende Alexander Groß war 13 Jahre alt, als sein Vater in Plötzensee hingerichtet wurde. Märtyrer im amtskirchlichen Sinne seien christliche Widerstandskämpfer wie Nikolaus Groß keineswegs gewesen, schreibt er in seinem soeben erschienenen, lesenswerten Buch „Gehorsame Kirche - ungehorsame Christen im Nationalsozialismus“; nicht fromme Glaubenshüter allein, sondern Menschen, die ihr Christsein mit humanitären politischen Grundsätzen verbanden, die in den Widerstand mündeten. Grundsätze, mit denen die Kirchenleitung seinerzeit nichts zu tun haben wollte. Demut und Gehorsam den Machthabern gegenüber lautete die katholische Botschaft, die Alexander Groß anhand von Hirtenbriefen, Predigttexten und Liederbüchern dokumentiert. Leitlinie war das Pauluswort von der stets gottgewollten Obrigkeit. Durch diese „wohlwollende Toleranz“, schreibt Groß, habe die Kirchenleitung das NS-Regime nicht nur gestützt, sondern auch engagierte, zum Umsturz entschlossene Christen in Gewissensnot gebracht. Schließlich waren diese der Institution

Kirche eng verbunden und sahen in Papst und Bischöfen deren rechtmäßige „Säulen auf Erden“. So gerieten katholische Widerstandskämpfer in den Konflikt zwischen Loyalität zu den Würdenträgern und der Überzeugung, ein menschenverachtendes System beseitigen zu müssen.

Auch nach dem Hitler-Attentat hoffte der Widerstand auf die Unterstützung der Kirchenleitung vergeblich. So erreichte etwa Nikolaus Groß während seiner mehr als viermonatigen Haft „nicht ein einziges Zeichen von einem Bischof oder Generalvikar“, ein solches gab es auch für seine Ehefrau Elisabeth und ihre sieben Kinder nicht. Der päpstliche Nuntius in Deutschland lehnte es ausdrücklich ab, sich für das Leben der am Anschlag Beteiligten einzusetzen. Dagegen konnte sich nach 1945 so mancher Parteigenosse eines bischöflichen „Persilscheines“ sicher sein.

Das knappe Buch von Alexander Groß versteht sich als Kontrapunkt zu kirchenoffiziellen Geschichtslegenden. Es will eine notwendige Debatte anstoßen, keine umfassende wissenschaftliche Abhandlung sein. Unter der Kürze leidet mitunter die Genauigkeit. Der Autor neigt dazu, eher spekulative Schlüsse vom Detail aufs Ganze zu ziehen. So zitiert er aus einem Gestapo-Verhör, in dem der Münchner Kardinal von Faulhaber das Hitler-Attentat vom 20. Juli massiv verurteilt und an seiner „Verehrung zum Führer“ keinen Zweifel lässt. Groß folgert, fast alle deutschen und österreichischen Bischöfe „dürften“ ähnlich gedacht haben.

Trotz seiner biografischen Nähe zum Thema wird Alexander Groß selten persönlich. Denkwürdige Hinweise versteckt er meist in Fußnoten. Dort ist zu erfahren, dass die Familie im Zuge des Verfahrens zur Seligsprechung von Nikolaus Groß einen Fragebogen des Bistums Essen erhielt. Dieser sollte „mit einer Reihe von suggestiven Fragen zu dem Ergebnis führen, daß Nikolaus Groß ‘um des Glaubens willen’ und nicht, weil er politischen Widerstand geleistet hatte, sterben musste.“

Von einem „kirchlichen Widerstand“, den die Bischöfe heute suggerierten, könne keine Rede sein, stellt Alexander Groß fest. Nicht aus Gehorsam gegenüber der Kirche, eher aus Distanz zu ihr seien Menschen wie sein Vater zu Widerstandskämpfern geworden. Das Vorbildliche dieser Christen sieht er gerade darin, dass sie sich über die kirchenoffiziell verordnete Achtung des Regimes hinwegsetzten.

Thomas Pfeiffer

Alexander Groß: „Gehorsame Kirche - Ungehorsame Christen im Nationalsozialismus“. Matthias-Grünewald-Verlag 2000. 98 S. 19,80 DM

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr.10, 11/2000: Die Zersplitterung des ultrarechten Spektrums beklagt JF-Chefredakteur Dieter Stein; bürgerlicher Protest lasse sich hierzulande nicht bündeln, daher könne sich auch die CDU wieder erholen, wie die Wahlen in Schleswig-Holstein gezeigt hätten (10/00). Als „Initialzündung“ für eine Kräfersammlung im „bürgerlich-konservativen, national-liberalen“ Lager bewertet im JF-Interview Heiner Kappel, Vorsitzender des Bund Freier Bürger, die beschlossene Fusion mit der Deutschen Partei und der DSU, stellt zugleich aber klar, dass man nicht von den Republikanern geschluckt werden wolle. Gerade die REP seien nunmal aber der entscheidende Faktor bei einem Zusammengehen der Rechtsparteien, meint dazu die JF, ihnen müsse daher die Führungsrolle zukommen. Hoffnung macht man sich auf die neue aus der DVU entstandene Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt (10, 11/00). Enttäuscht zeigt sich Dieter Stein in seiner Reportage aus dem „politisch belagerten Wien“ über die Raffgier der jetzt bundespolitisch an die Macht gekommenen FPÖ-Funktionäre nach der Devise: „Nun sind wir auch mal dran“; vom „revolutionären freiheitlichen Reformwillen“ sei nicht viel übriggeblieben. Passend dazu ist eine Anzeige der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer geschaltet, die für „Jetzt erst recht: Urlaub in Österreich! Erholung von EU-Hysterie“ wirbt (10/00). In die Bresche springt die JF wieder für den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Finkelstein und dessen Kritik an der Jewish Claims Conference. Die „Finkelstein-Kontroverse“ offenbare den „provinziell-autistischen ‘Germanozentrismus’ der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung“. Fälschlicherweise behauptet die JF, dass der Historiker Wolfgang Benz die Angaben Finkelsteins bestätigt habe (10/00). Wohlwollend wird über die Erfolge des rechtsextremen belgischen Vlaams Blok berichtet; er greife „die Themen auf, die von den anderen Parteien in ihrer zunehmenden Weltfremdheit rechts liegen gelassen wurden“ (11/00). „Ehrenwerte patriotische Motive“ sieht JF-Autor Moritz Schwartz bei den beiden Mördern des Reichsaußenministers Walter Rathenau im Jahr 1922. Er mokiert sich über den im Januar erfolgten Abriss des von den Nazis errichteten Gedenksteins, die die Freikorps für sich vereinnahmt hätten, in Bad Kösen in Sachsen-Anhalt (11/00). (gn)

Aktivitäten**Bildung für die Szene**

Die „rechtsextreme Tarnorganisation“, so das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz, „Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk“ veranstaltet am 17./18. Juni ein Seminar. Getrommelt wird dafür bereits in der März-Ausgabe des Monatsperiodikums „Nation&Europa“. Als Kontakt ist eine Postfachadresse des „Bildungswerkes“ in Berlin angegeben.

Ziel des des 1990 gegründeten Vereins ist die enge Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Organisationen. Laut Satzung verfolgt das „Bildungswerk“ die „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens in Deutschland und Berlin und des Heimatgedankens“. Die Aktivitäten des Vereins beschränken sich vorwiegend auf Einzelveranstaltungen im Großraum Berlin. Als Referenten traten bisher unter anderen die namentlich in Verfassungsschutzberichten genannten Rechtsextremisten Pierre Krebs (Leiter des „Thule-Seminars“), Hans-Dietrich Sander (Herausgeber der „Staatsbriefe“), Jürgen Schwab (Redakteur der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“), Frank Schwerdt (Ex-Vorsitzender des aufgelösten Vereins „Die Nationalen“), Peter Dehoust (Kopf des „Freundeskreises Nation Europa“) und Claus Nordbruch (Statthalter der „Deutschland-Bewegung“ in Südafrika) auf.

Eine enge Kooperation besteht seit 1993 mit der Berliner Kulturgemeinschaft“ unter Vorsitz von Ursula Schaffer, einer Integrationsfigur der rechtsextremen Szene in Berlin. Vorsitzender des „Bildungswerkes“ ist Rudolf Kendzia (vormals NPD, Republikaner, CDU sowie Deutsche Liga für Volk und Heimat). Rechtsextreme Blätter wie das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ berichten in unregelmäßigen Abständen über das „Bildungswerk“. Dieses, so die „Deutsche Stimme“ unlängst, leiste bei bundesweiten Vortragsveranstaltungen „Bildungsarbeit auf hohem Niveau“.

A.M.

Hinweis

Berlin - Zum Thema Antisemitismus in Europa seit dem Holocaust wird Professor Werner Bergmann im Rahmen seiner öffentlichen Antrittsvorlesung am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin sprechen.

Termin: 13. April um 18.00 Uhr, Hauptgebäude der Technischen Universität Berlin, Hörsaal 2053

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz darf die Republikaner weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Das Bundesverwaltungsgericht hat damit ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts von Rheinland-Pfalz bestätigt. Das OVG hatte seine Entscheidung vom 10. September unter anderem damit begründet, dass es im REP-Landesverband nicht wenige gebe, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik bekämpften. Die Beschwerde der REP gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das OVG-Urteil wurde jetzt vom Bundesverwaltungsgericht verworfen. In erster Instanz war Anfang 1998 die Beobachtung der rheinland-pfälzischen Republikaner durch den Landesverfassungsschutz vom Verwaltungsgericht Mainz für unzulässig erklärt worden.

■ **Dresden/Erfurt** - Die revanchistische Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands (IWG) plant für den 25. März in Dresden eine Demonstration unter dem Motto „Recht auf Heimat“. Bei einem von der IWG am 26. Februar in Erfurt angemeldeten Aufmarsch nahmen mehrere hundert Rechtsextremisten teil. Die Teilnehmerzahl wurde von der lokalen Polizei später von 450 auf 320 Personen, darunter zahlreiche Anhänger der NPD, korrigiert. Der Erfurter CDU-Oberbürgermeister Manfred Ruge sprach sich in der Zwischenzeit dafür aus, ein Verbot der IWG durch das Bundesinnenministerium prüfen zu lassen. Für das laufende Jahr sind von der IWG jeden Monat Demonstrationen in unterschiedlichen Städten angekündigt: am 29. April in Jena, 27. Mai in Dresden, 24. Juni in Leipzig, 29. Juli in Görlitz, 26. August in Potsdam, 30. September in Rostock, 28. Oktober in Schwerin, 25. November in Stuttgart und 30. Dezember in Lübeck. Vorsitzender der IWG ist Georg Paletta, früher aktiv beim rechtsextremen Bund für Gesamtdeutschland.

■ **Düsseldorf/Sibratsgüll** - „Alles Gute“ für das Jahr 2000 wünscht der Kreisverband Düsseldorf der Schlesischen Jugend in einem Schreiben dem notorischen österreichischen Neonazi Walter Ochensberger (wegen NS-Wiederbetätigung verurteilt) und der Redaktion seines antisemitischen und holocaustleugnenden Hetzblattes „Phoenix“. Veröffentlicht wurde das Schreiben von Ochensberger,

einst Führer eines österreichischen Freundesbundes der Wiking-Jugend unter der Bezeichnung Volkstreue Jugend Österreich, jetzt in der aktuellen Ausgabe von „Phoenix“.

■ **Eisenhüttenstadt** - Mit dem Oderland-Versand, der unter anderem bundesweit mit Anzeigen in den HNG-Nachrichten auf sich aufmerksam macht, residiert erstmals in Eisenhüttenstadt ein Neonazi-Skin-Devotionalien-Vertrieb. Im aktuellen Angebot des umfangreichen Kataloges sind Bücher und Broschüren erhältlich von Jürgen Rieger, Edda Schmidt oder David Irving, Videos wie „Die Geschichte der Hitlerjugend“, CDs von den Böhsen Onkelz, Jörg Hähnel und Rene Heizer, MCs mit „Parademärschen der Waffen-SS“, Runen aus Zinn, Springerstiefel mit Stahlkappen, T-Shirts mit Aufdrucken wie „Bratwurst statt Döner“, „Werwolf“, „Odin statt Jesus“, „Ku Klux Klan“ und T-Shirts von LoNSDAle.

■ **Gera** - Neuerdings im Internet vertreten ist auch die Neonazi-Gruppierung „White Youth“ aus Gera. Deren Ziel ist es, junge Skinheads durch Konzerte an Blood&Honour (B&H) heranzuführen. Eine weitere Aufgabe der rund 100 Mitglieder starken Truppe besteht in der Unterstützung inhaftierter Kameraden. Als Unterorganisation wurde für die weiblichen Anhänger der Szene die Vereinigung „White German Girls“ geschaffen. Gegründet wurde die Organisation im Dezember 1997 von dem Neonazi Mike B. aus Gera. Mitglied von „White Youth“ war auch der Neonazi Andreas Otto, der bei einer Auseinandersetzung am 31. Juli vergangenen Jahres getötet wurde. Bei seiner Beerdigung waren nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden etwa 470 Skins aus Thüringen, Sachsen und Bayern anwesend.

■ **Grimma** - Der sächsische NPD-Vorsitzende Winfried Petzold ordnet seinen Terminkalender rechtzeitig: Bereits Anfang November des Vorjahres meldete er eine Kundgebung seiner Partei zum 1. Mai bei der Ordnungsbehörde von Grimma an. Er kalkuliert mit etwa 500 Teilnehmern, ließ er verlauten.

■ **Heilbronn** - Gegen den REP-Landtagsabgeordneten und Heilbronner Gemeinderat Alexander Schonath (48) wurde vom Heilbronner Amtsgericht ein Insolvenzverfahren eröffnet. Grund dafür sind private Schulden des Republikaner-MdL in Höhe von insgesamt rund einer Million Mark. Die Landesbank Baden-Württemberg nahm Schonath für ei-

ne von ihm geleistete Bürgschaft in Höhe von 200.000 Mark in die Pflicht. Eine Regionalbank nahm ihn für eine weitere Bürgschaft über 500.000 Mark in Anspruch. Dazu kommen noch Darlehen von rund 300.000 Mark. Seit 1994 gehört Schonath ununterbrochen dem Heilbronner Stadtrat an. Nach der Wahl in den Landtag im April 1996 ließ der Abgeordnete die Geschäfte seiner Marketing-Gesellschaft für Verkaufsförderung und Direktwerbung mbH ruhen. Schonath kündigte an, im März 2001 erneut für den Stuttgarter Landtag kandidieren zu wollen, da er „gegen keine Gesetze verstoßen und nichts verbrochen“ habe.

■ **Ludwigshafen/Frankenthal** - Zugunsten des im rheinland-pfälzischen Frankenthal inhaftierten Neonazis Christian Hehl (30) hat sich eine Initiative „Wir kaufen Hehli frei“ gebildet. Ziel der von den Jungen Nationaldemokraten unterstützten Initiative ist es, 5 000 Mark für Hehl zu sammeln. Der Skinhead Hehl hat eine Geldstrafe in Höhe von 5 000 Mark offen, ersatzweise muss er weitere 211 Tage Haft verbüßen. „Hehli“, so sein Spitzname in der rechtsextremistischen Szene, sitzt seit Juni des vergangenen Jahres unter anderem wegen Körperverletzung für 18 Monate in Haft. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme wohnte Hehl bei dem vorbestraften Neonazi Andreas Gängel, einem ehemaligen Kader der verbotenen Nationalistischen Front. Bereits kurz nach Haftantritt wurde Geld für den Mitbetreiber des Sturm-Verlages, Gängel ist hier ebenfalls mit von der Partie, gesammelt. Hehl wird zudem von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) betreut.

■ **Mühlhausen** - Auf dem Bundesparteitag der NPD am 18./19. März im Nebensaal einer Privatbrauerei in Mühlhausen (Bayern) wurde der Parteivorsitzende Udo Voigt in seinem Amt betätigt. Neu als Parteivize kam Holger Apfel, ehemals Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, hinzu. Wiedergewählt als stellvertretende Parteivorsitzende wurden Hans-Günter Eisenecker und Jürgen Schön.

■ **Schifferstadt** - In der aktuellen Ausgabe des Neonazi-Skin-Blattes „Pfalzfront“ aus dem rheinland-pfälzischen Schifferstadt, das von den militanten Neonazis um Stefan Michael Bar und Ronnie Reimer gemacht wird, wird erstmals der Begriff und die Zielsetzung des sogenannten „Nationalen Widerstandes“ definiert. So sei dieser „ein aus der Not der Zeit geborener Gedanke, eine Idee, die auf-

begehrt gegen erbärmliche ‘Volksvertreter’, die wir ... im Parlament sitzen haben ... Aus dieser Enttäuschung, dass es Deutsche sind, die unser Volk zu einer ‘Gesellschaft’ und die Kriegsgeneration zu ‘Verbrechern’ erklären ... ist der Nationale Widerstand entstanden.“ Gefordert wird in dem dreiseitigen Positionspapier die „praktisch unter Besatzungsregime erfolgte Politik der Überfremdung“ durch „Rücksiedelung der eingeschleuften fremden Elemente“ zu beenden, unverzüglich den Geburtenrückgang der Deutschen zu stoppen und eine „Entwicklung in Richtung Geburtenüberschuss“ einzuleiten. Autor des Papiers ist Heinz Drenger, Jahrgang 1920, Referent bei der NPD, Autor in den Waffen-SS-treuen Schriften „Der Freiwillige“ und „Leithefte“.

■ **Stuttgart** - Prozessuale Auseinandersetzungen drohen den baden-württembergischen Republikanern in einem Rechtsstreit mit ihrem einstigen Landesvorsitzenden der Republikanischen Jugend (RJ), Markus Burkhard (vgl. BNR 25-26/1995). Burkhard (Jahrgang 1976), noch immer REP-Mitglied, will vom REP-Landeschef Christian Käs und Landesgeschäftsführer Rüdiger Helfer „Geld sehen für einen angeblich gemeinsam gegründeten Verlag“, so die „Sindelfinger Zeitung“. Burkhard spielte dabei Geschäftsführer und stellt nun rund 30.000 Mark an Kosten in Rechnung, auf denen er sitzen geblieben sei. Den Fall prüft die Zivilkammer des Karlsruher Landgerichts. Im November 1995 hatte der damalige baden-württembergische Innenminister Frieder Birzele (SPD) Erkenntnisse des Verfassungsschutzes öffentlich gemacht, wonach die REP auch mit Neonazis zusammenarbeiten. Namentlich wurde auch Markus Burkhard genannt, der enge Kontakte zur neonazistischen „Karlsruher Kameradschaft“ (heute: „Nationaler Widerstand Karlsruhe“) unterhielt und 1994 bei einem Rudolf-Heß-Kameradschaftsabend in Daxlanden (bei Karlsruhe) in Gewahrsam genommen worden war. Christian Käs und REP-Chef Rolf Schlierer stellten sich damals vor Burkhard. Nach einer Rede von Burkhard im März 1999 vor Nachwuchs-Republikanern in Göppingen, in der laut Käs „Neonazi-Vokabular verwendet und zu Gewalttaten „angeregt“ wurde, musste Burkhard sein Amt als RJ-Landesvorsitzender abgeben.

■ **Wattweiler** - Zu einem Skinhead-Konzert im Saarland mit drei Bands fanden sich nach Polizeiangaben am 18. März in Wattweiler bei Zweibrücken rund 250 Teilnehmer ein. In einer Sporthalle traten die saarländischen Lokalmatadoren

Eternal Fear sowie die baden-württembergischen Kombos Ultima Ratio und Propaganda auf. Veranstaltet wurde das braune Konzert von der größten Skinhead-Organisation Blood&Honour und der französischen Band Elsass Korps (vgl. BNR 5/00).

■ **Wetzlar/Berlin** - Die NPD plant für den 1. Mai einen Aufmarsch in der mittelhessischen Stadt Wetzlar. Im dortigen Lahn-Dill-Kreis verfügt die rechtsextremistische Partei mit Leun und Ehringshausen über zwei ihrer kommunalen Hochburgen. Angekündigt ist neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt und der hessischen Funktionärin Doris Zutt auch Horst Mahler. Da bereits eine Woche danach in Passau der „2. Tag des nationalen Widerstandes“ als zentrale Parteiveranstaltung geplant ist, muss davon ausgegangen werden, dass die organisatorischen Kräfte darauf konzentriert werden. Trotzdem dürften besonders die Freien Nationalisten die Gelegenheit nutzen, Präsenz zu zeigen. Für den 1. Mai hat die NPD noch Demonstrationen in Berlin, Hannover und Grimma angemeldet.

Ausland

■ **Niederlande (Delzyl)** - Erneut ist eine Ausgabe des rechtsterroristischen Untergrundblattes „Reichsruf“ (BNR 25-26/1999) erschienen. Interviewpartner des „Mitteilungsblattes für revolutionäre Nationalsozialisten“, das weiterhin die Handschrift von Stefan Michael Bar trägt, ist der einstige Adlatus von Michael Kühnen, Thomas Brehl. Die Frage an ihn, „ob auch wir, wie damals die Linke, in die Phase des bewaffneten Kampfes eintreten sollen“, lehnt Brehl, der sich heute als „Publizist und Hobbydichter“ bezeichnet ab. Der Interviewer, bei dem es sich wahrscheinlich um Bar selbst handelt, konstatiert in seiner Frage, dass „erste Ansätze“ von „Untergrundstrukturen“ und des „nötigen Unterstützerumfeldes“ zur Führung des bewaffneten Kampfes bereits erkennbar seien. Veröffentlicht sind im „Reichsruf“ die Adressen der Kameradschaften Westerwald, Saarlouis, Calw, Köln, Ludwigshafen, Baden, Karlsruhe, Neustadt/Weinstrasse und der JN-Kameradschaft München. Zur Solidarität wird mit dem Polizistenmörder Kay Diesner aufgerufen. Dessen Taten, so wird prognostiziert, werden „künftig wohl des Öfteren passieren.“

■ **Schweden (Stockholm)** - Am 12. Oktober 1999 wurde der Gewerkschafter Björn Söderberg vor seiner Wohnungstür in Stockholm von Neonazis erschossen. Der Mord an dem Gewerkschafter war der

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

bisherige Höhepunkt einer Welle von neonazistischer Gewalt und Terroraktivitäten. Die mutmaßlichen Täter Björn Lindberg-Hernlund (23), Hampus Hellekant (23) und Jimmy Niklasson (21) stehen jetzt in Stockholm vor Gericht. Die drei Neonazis entstammen dem direkten Umfeld der 1997 gegründeten Gruppe „Nationale Jugend/Schwedischer Widerstand“. Herausgeber von deren Propagandaorgan „Volksstimme“ ist Klas Lund, einst Kader des rechtsterroristischen Weißen Arischen Widerstandes (VAM). Als Fadenzieher des Mordes an Söderberg gilt Hernlund, der zum Kreis um die Anti-Antifa-Gazette „Info-14“ gehört. Kopf von „Info 14“ ist Robert Vesterlund, Mitbegründer der militanten Neonazigruppe „NS Stockholm“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann
Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto